

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal I. Nr. 15 bis. Ausgabe I. Nr. 20 bis. — Subskriptionen an: in Berlin: A. Kettnerer, A. M. Moes; in Leipzig: Vogel, H. Engler; in Hamburg: Hasselein & Beizer; in Frankfort: A. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

Danziger



Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 1 Uhr Nachm.

Paris, 16. Nov. Das Bulletin des heutigen "Maitre" bespricht die Rede Lord Stanleys vor seinen Wählern in Kings Lynn und sagt, man müsse Lord Stanley Dank wissen, daß er nach seiner Niederzeugung alle Erwägungen hergehoben, welche heute die dauernde Erhaltung des Friedens als gesichert erscheinen lassen. Das Bulletin constatirt ferner, daß Lord Stanley beruhigend über den Incident gesprochen habe und analysirt bestimmt dessen Äußerungen betreffend den Orient.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 15. Nov. "France" wirft Lord Stanley vor, daß er in seiner letzten Rede nicht unparteiisch genug die Lage Frankreichs beurtheilt habe. Es sei ganz natürlich, daß man sich in Frankreich, einem großen centralistischen, militärischen Staate, mit der Beschaffenheit der Grenzen beschäftige. Nicht an Frankreich, sondern an Preußen, mein das Blatt, hätte Lord Stanley seine Rathschläge der Mäßigung und Beruhigung der Gemüther richten sollen. Auch hätte er, wenn er sich für den Frieden aussprechen wollte, nicht gleichzeitig Ereignisse in der Perspektive zeigen sollen, welche weit entfernt wären, die Gemüther zu beruhigen, falls sie wirklich eintreten, wie es beispielweise die deutsche Einheit unter Leitung Preußens wäre. Diese Sprache, schließt alsdann das Blatt, ändert jedoch nichts an der Lage Europas. — Baron Rothschild ist heute Morgen gestorben. — "Droit" heißt mit, daß gegen "Gaulois" wegen des vergangenen Freitag gebrachten Artikels (wozum die Regierung eine Verschwörung entdeckt haben sollte), welcher den öffentlichen Frieden fördern könnte, das gerichtliche Verfahren eingeleitet sei. (W.T.)

Madrid, 15. Nov. Eine überaus zahlreich besuchte Volksversammlung der demokratischen Partei hat heute stattgefunden. Olozaga, Armijo und Martos nahmen nacheinander das Wort. Sämtliche Redner, welche ihre Zustimmung zu dem kürzlich von den Führern dieser Partei veröffentlichten monarchischen Manifeste erklärt hatten, fanden großen Beifall. Nach Schluss der Versammlung wurde eine Deputation an die provisorische Regierung entsandt, um derselben das Resultat dieser Versammlung mitzuteilen. Die Ruhe ist keinen Augenblick gefährdet worden. — Ein Decret des Marineministers gestattet allen früheren Seelerten, auf der Kriegsmarine für die Dauer eines Jahres Dienst zu nehmen. (W.T.)

Malchin, 15. Nov. Zu den hauptsächlichsten Propositionen des engern Ausschusses von Ritter- und Landschaft gehören u. a.: Errichtung von Erbschaften auf ritterlichen Gütern, Publikation der Verordnung wegen der rechtlichen Verhältnisse der Juden, Antrag auf baldige Konstituierung einer Landesregierung, verbesserte Einrichtungen des ritter- und landschaftlichen Landshofs, Aenderung der Armengesetzgebung, Übertragung der Militärgerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtsfällen auf die Civilgerichte. (W.T.)

London, 15. Nov. Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen sind gestern nach Schloss Windsor zurückgekehrt und empfingen den Besuch des Prinzen und der Prinzessin von Joinville. — Der preuß. Botschafter, Graf Bernstorff, ist heute hier angelommen. (R.T.)

St. Petersburg, 15. Novbr. Die Regierung beabsichtigt, den Fremden beim Eintritt in Russland Erleichterungen zu gewähren. (R.T.)

Landtags-Verhandlungen.

5. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 14. Novbr.

Die Abg. Krüger und Ahlmann erklären in einem ausführlichen Schreiben, daß ihre Wiedermahl trotz der Verweigerung des Eides auf die Verfassung der Ausdruck der Billigung ihres Verhaltens und eine Mahnung an das Haus sei, entweder Nordschleswig von der preuß. Vertretung auszuschließen und sich der gesetzgebenden Gewalt über Nordschleswig zu enthalten (Heiterkeit) oder die Vertreter jener Districte unter Bedingungen zuzulassen, die ihrer durch den Art. 5 des Prager Friedens geschaffenen exceptionellen Stellung entsprechen. Als Vertreter des preußischen Volkes könnten sie sich nicht betrachten (Rufe: Oho!) — Das Haus beschließt nach kurzer Debatte das Schreiben an die Geschäftsförderungscommission zu überweisen mit dem Ersuchen, die Abg. Krüger und Ahlmann zu der Commissionssitzung einzuladen und sie zur definitiven Erklärung darüber aufzufordern, ob sie sich weigern den Eid auf die Verfassung zu leisten. — Nachdem einige weniger erhebliche Vorlagen seitens des Ministeriums gemacht sind, tritt das Haus in die Generaldiscussion über den Staatshaushaltsetat für 1869. Von dem Abg. Lasker ist folgender Antrag eingegangen: "Im Interesse Preußens und des Nordde. Bundes ist es dringend gerathen, daß die eigenen Einnahmen des Bundes vermehrt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß hierdurch keine Überbelastung in Preußen veranlaßt, vielmehr für den Fall einer Erhöhung der Steuern und Abgaben im Bunde gleichzeitig eine den Verhältnissen entsprechende Entlastung in Preußen sicher gestellt werde."

Abg. v. Benda: Er sei zwar im Wesentlichen mit den Vorschlägen zur Deckung des Defizits einverstanden, er gebe auch zu, daß das Deficit hauptsächlich durch die Verminderung der Einnahmen in Folge der Beschlüsse des Reichstages und der Stockung des Verkehrs begründet sei, er wolle sich nur darüber beschweren, daß das Ministerium im vorigen Jahre, wo es diese Uebelstände bereits übersehen mußte, uns die zukünftige finanzielle Lage mit den schärfsten Farben malte. Den von den Abg. Twesten und Birchow erhobenen Bedenken trat die Regierung mit so bestimmten Erklärungen entgegen, daß das Abgeordnetenhaus sich zu Bewilligung verstand, die es nie gewußt hätte, wenn ihm die Finanzlage klar dargelegt wäre. (Sehr richtig.) Er müsse der Regierung also Mangel an objektiver Wahrheit vorwerfen. Das

Haus müsse der Regierung die Verantwortung dafür überlassen. Er glaube ferner, daß auch diesmal der Etat nicht mit rücksichtsloser Offenheit vorgelegt sei. Das Deficit sei nur deßhalb nicht größer, weil eine Menge von unvermeidlichen Ausgaben zurückgedrängt sei, wahrscheinlich seien auch viele Einnahmepositionen etwas hoch gegriffen. Durch die schwedende Schulden von 13 Millionen, welche sich wie eine chronische Krankheit von einem Jahr ins andere schleppen würde, sei das Deficit tatsächlich auf 18 Millionen erhöht. Im Jahre 1870 werde man vor der Alternative einer Anleihe oder einer neuen Steuer stehen. Er halte trotzdem unsere Finanzlage noch nicht für schlecht; die lezte Steuerkraft des Landes sei noch nicht erschöpft (hört! hört!) und die Verwaltung beruhe immer noch auf der alten soliden Basis.

Dennnoch sei die mit der Zunahme des Staates in keinem Verhältniß stehende Zunahme der Staatschuld von 200 Millionen (mit Einschluß der Binsgarantien für Eisenbahnen) einer ernsten Beachtung wert. Wenn es wahr sei, daß die Umstände eine Verminderung der Militärlast nicht zulassen, so müsse man dafür sorgen, daß die Staatschuld nicht ins Unermessliche wachse. Auf die Dauer könnte auch das Verhältniß nicht bestehen, daß der Reichstag ohne Weiteres 2 Millionen von den Einnahmen abziehe und den Einzelabtagen die Deckung überlasse. Die äußerste Sparsamkeit sei das einzige Mittel sich vor der Gefahr dieses Verhältnisses zu schützen. Vielleicht hätte es sich empfohlen, schon in diesem Jahre eine dauernde Deckung der erhöhten Ausgaben ins Auge zu fassen; da man aber dem Finanzministerium keine neuen Steuern octroyiren könne, so müsse man die Vorschläge des Ministeriums annehmen. Gewünscht hätte er, daß man bei der Einschätzung der Einkommensteuer sorgfältiger zu Werke gehe; er sei kein Freund der Steuerschraube, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen halte er es für Pflicht der Regierung, gegen die Wohlhabenden erforderlichen Falles mit eiserner Hand vorzugehen. Ferner seien unter den heutigen Umständen weder unrentable Staats-eisenbahn-Projekte noch Binsgarantien zu rechtfertigen. Es sei die Ansicht weit verbreitet, daß durch die übermäßige Begünstigung spekulativer Unternehmungen der Grundbesitz wie der ganze Staat empfindlich geschädigt worden sei. Er werde ohne das entschiedene Bedürfnis keinen Groschen bewilligen und er bitte den Etat mit der Gründlichkeit, die der Ernst der Lage verlangt, zu berathen, nur dann werde man mit ruhigem Gewissen der Vorlage des Jahres 1870 entgegengehen können. Der Mahnruf nach Sparsamkeit töne uns nicht bloß aus dem Munde kleiner Literaten entgegen, auch große Minister erkennen an, daß unter der wachsenden Schuldenlast und der dauernden Kriegsbereitschaft die Staaten dem Bankrott entgegensehen. Lassen Sie uns in diesem kritischen Moment festhalten an dem alten soliden preuß. Grundsatz: keine Groschen ohne Not, keine Ausgabe ohne entsprechende Einnahme! (Zustimmung.)

Finanzminister v. d. Heydt: Er erwarte, daß der Herr Redner den schweren Vorwurf, daß das Ministerium Mangels an objektiver Wahrheit gezeigt habe, näher deklarire, da man ihn auch so auslegen könne, daß das Ministerium Thatsachen nicht der Wahrheit gemäß vorgetragen oder etwas verschwiegen habe. Er halte es für die Pflicht des Redners, sich nicht auf die Phrase zu beschränken, sondern was er sage zu beweisen. Die preußische Finanzverwaltung sei nicht Herr über das gesamme Finanzwesen. Der preuß. Finanzminister kann nur für das verantwortlich sein, was seiner Leitung untergeben ist. Ein Nachweis, worin die schlechte Finanzpolitik bestanden hat, ist nicht geführt; mit der bloßen Behauptung ist nichts gesagt; das ist eine bloße Phrase. Die Ansätze der Einnahmen im vorigen Etat hätten sich mit Ausnahme der Bergverwaltung, bei der unvorhergesehene Ausfälle vorgekommen, bewährt. Zu mehreren Ausgaben z. B. für Notstandszecke in der Provinz Preußen und zur Absehung mehrerer Einnahmen, hätte das Haus das Ministerium gedrängt. Es wäre am Orte gewesen, wenn der Hr. Abg. im vorigen Jahre Sparsamkeit empfohlen hätte; hinterher gehöre nicht viel Weisheit dazu. Der Finanzminister habe schon im vorigen Jahre gefragt, daß der Etat eigentlich ein Deficit habe. Der Hr. Abg. hätte also nicht im Namen des Hauses die Rolle spielen sollen, als ob die Finanzverwaltung sich ins Blaue lancirt und das Haus zu Ausgaben gedrängt hätte. — In Betreff der Staatschuld hat der Hr. Abg. die Dinge schwärzer gemalt, als sie sind. Wir haben allerdings 400 Millionen Staatschulden; davon werden in diesem Jahre aber 2 Prozent, über 8 Millionen amortisiert, welcher Staat thut das? Wir schlagen vor eine Summe von Obligationen der neuen Landestheile zu versetzen, welcher andere Staat, der in Finanznoth ist, wird auf solche Dinge kommen? Staatsgarantien sind allerdings für 100 Millionen übernommen; die Ausgaben dafür beschränken sich auf etwa eine Million; diesen Ausgaben stehen aber bedeutende Einnahmen gegenüber, so daß die Garantien re vera Überschüsse liefern. Es liegt nicht im Interesse des Hauses, daß die Dinge schwärzer gemalt werden, als sie sind. Es ist gewiß nicht zu verwundern, daß nach einem Kriege, wo Preußen 64'000 Mann auf die Beine brachte, auch die inneren Verhältnisse berührt wurden. Wenn das ganze Volk in Waffen steht, so kann das nicht geschehen ohne eine Lähmung des Verkehrs für geraume Zeit; es ist jedoch nicht zu übersehen, daß auch andere Staaten, z. B. England, an solchen Stockungen leiden. Ich habe im vorigen Jahre bereits auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die Einnahmen zu vermehren; ich habe dahingehende Vorschläge beim Bundeskanzleramt eingereicht; dieselben sind dort modifiziert worden und das Hollparlament hat sie noch mehr modifiziert. (Heiterkeit.) Auch jetzt habe ich wieder vorgeschlagen die Tabaksteuer und die Branntweinsteuer zu erhöhen und dergleichen mehr. Die auch von der Regierung mit großer

Wärme ins Auge gefassten Erleichterungen und Vereinfachungen im Haushalt können ohne Erhöhung anderer Positionen nicht zu Stande kommen. Wir würden wieder zu einer Stagnation gelangen. Der Hr. Abg. wird mir doch nicht zum Vorwurf machen wollen, daß ich hier nicht gleich mit neuen Steuern komme. Ich halte es für viel geeigneter, daß Preußen zunächst der Bundesregierung erklärt, daß ihrerseits eine Vermehrung der indirekten Abgaben stattfinde. (Sehr richtig rechts.) Was den Vorwurf betrifft, daß die Steuerpflichtigen nicht genug zur Einkommensteuer herangezogen würden (Heiterkeit), so sollte der Hr. Abg. wissen, daß ich gar kein Recht und keine Macht darüber habe. Hätten die Behörden die Feststellung der Einkommensteuer in der Hand, so möchte der Ertrag derselben allerdings erheblich höher sein; ich kenne das selbst. (Heiterkeit.) Was die Schatzscheine betrifft, so kann bei uns nicht, wie in andern Staaten, der Finanzminister solche Noten nach Bedarf ausgeben, sondern sie werden nur in Folge gesetzlicher Anordnung der Staats-Schulden-Verwaltung ausgegeben. Waren Obligationen ausgegeben, so hätte der Staat für die Verzinsung 1½ pro Jahr mehr ausgeben müssen und am Course mindestens 700,000 £ verloren, also über eine Million Mehrausgaben gehabt. Ob das der Wunsch des Hrn. Abgeordneten ist, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Als wir Schatzscheine ausgeben, hatten wir einen Überschuss von 6 bis 7 Millionen. Die gegenwärtigen anomalen Verhältnisse werden höchstens nicht dauernd sein. Von den Angriffen auf die Politik der Eisenbahnverwaltung in Abwesenheit des Hrn. Handelsministers muß ich sagen, daß sie nicht in der Sache des Hauses liegen. (Unruhe.) In dieser Session beabsichtigt die Regierung nicht, dem Hause eine Vorlage wegen Vermehrung der Staatsseisenbahnen zu machen. Eine Beschränkung in der Übernahme von Staatsgarantien würde ich für einen großen Fehler erachten; zu einer Zeit, wo ein großer Nachbarstaat fortwährend darauf bedacht ist, den Reichthum des Landes durch Abschaltung des Eisenbahnverkehrs zu heben, darf Preußen nicht ganz still stehen; es muß allerdings mit Vorsicht, Mäßigung und Weisheit auf eine Erweiterung seiner Verkehrsmittel hinwirken. (Vereinzeltes Bravo. Heiterkeit.) Ich resume also, daß ich die Vorwürfe des Hrn. Abg. nicht für begründet erachte; er hätte namentlich den schweren Vorwurf im Anfang seiner Rede nicht erheben dürfen; ich finde kaum einen parlamentarischen Ausdruck dafür.

Abg. Lasker: Herr v. Benda hat die preuß. Finanzen, die nicht so schlecht seien, wie in anderen Staaten, nicht schwärzer gemalt, als sie sind; freilich hat er hinzugefügt, daß diese günstige Lage nicht das Verdienst des gegenwärtigen Finanzministers sei (Beifall). Daß aber das Ministerium dadurch, daß es im vorigen Jahre unsere Finanzverhältnisse so äußerst blühend dargestellt, das Haus zur Bewilligung großer Ausgaben veranlaßt hat, die sonst nicht bewilligt wären, durfte Hr. v. Benda als notorisch voraussehen (Befürchtung). Ich erwähne nur die 25 Millionen zur Abfindung der despossidirten Fürsten. (Hört! hört!) Als hiegegen Stimmen laut wurden, wurde uns — nicht vom Hrn. Finanzminister allein — gesagt: "Wir sind reichlich in der Lage, die Summe bestreiten zu können", und man berief sich ausdrücklich auf das Zeugnis des Herrn Finanzministers mit den Worten: "Sieht dieser Herr wohl so aus, daß er Geld geben würde, wenn er es nicht in der Tasche hätte?" (Hört! hört!) Ich habe damals gegen die Bewilligung gestimmt aus politischen und finanziellen Gründen. Andere Abgeordnete haben nur deshalb dafür gestimmt, weil die Regierung das Geld bereits ausgegeben hatte. Wenn nun der Abg. v. Benda so notorische Thatsachen erwähnte, so verdiente er wahrlich nicht die Abfertigung, die der Herr Minister wohl auch nur deshalb hat wagen können, weil er auf dem Siege der Regierung vertreten ist und nicht im Hause (Beifall links); sonst hätte wohl manche Neuherfung eine Rüge verdient. (Beifall links.) Es sind aber auch in der vorigen Session manche andere Ausgaben bewilligt, die nicht bewilligt wären, wenn unsere Finanzlage richtig dargestellt wäre; und hierdurch ist das Deficit hervorgerufen. Es ist ein Hauptfehler unserer Finanzverhältnisse, daß weder wir, noch der Finanzminister das Material wirklich beherrschen; der Fehler ist, daß bei uns nur der Kalkulator herrscht. Alle Ausgaben stehen fest, theils durch Gesetze, theils durch Gewohnheit; auch die Einnahmen stehen unabänderlich fest; und nur der Kalkulator steht daran kritisch. Eine Kritik der einzelnen Posten für das Haus ist fast unmöglich. Wie kann sich denn z. B. das Haus entziehen der Forderung einer Bulage für die hungernden Lehrer? Wenn ein Minister die Notthilfe seines Büros lässt (Heiterkeit), mehr Geld verlangt für mehr Papier, mehr Federn und mehr Siegellack? (Große Heiterkeit.) Die Ausgaben wachsen durch sich selbst, wie der Hr. Finanzminister sagt; in Folge dessen werden immer die Einnahmen vermehrt; ergeben sich Überschüsse, dann wird mehr ausgegeben; das ist die eigentliche Schranke. Von 1818 bis 1848 wurden die Ausgaben nur um 14 Millionen vermehrt und die Schulden vermindert. Seitdem sind nur in den alten Landestheilen die Netto-Ausgaben fast um das Dreifache und die Schulden (ohne die Eisenbahnschulden) auf 200 Millionen erhöht. Ein Finanzbeamter der alten Schule hat mir einmal gesagt: "Zu einem guten preuß. Finanzminister gehört 1) ein guter Kalkulator, 2) Sparhaftigkeit und 3) fester Wille." — Dies mag wohl gepaßt haben auf die Periode vor 1848; jetzt genügen solche naive Eigenschaften nicht mehr. Wir haben das Recht, von dem Finanzminister zu verlangen, daß er sich darum kümmere, ob die Ausgaben nicht reduziert werden können. Mit hat noch kürzlich ein Finanzbeamter gesagt: "daß er die Kosten unserer Verwaltung bei besserer Organisation gern für 50 Prozent ihres heutigen Betrages übernehmen wolle (Heiterkeit), und er würde dabei noch ein gutes Geschäft machen. (Große Heiterkeit. Widerspruch rechts.) Schon an dem kleinen Etat für den Landtag z. B. sehen Sie, wie

durch bessere Einrichtungen, wie z. B. die Einführung der Vorberathung, 10,000 Thlr. gespart werden, und ich bin fest überzeugt, daß unsere Justizbeamten viel besser besoldet werden könnten und wir doch nur $\frac{1}{3}$ der bisherigen Summe brauchen, bei einer guten Reorganisation. Die Regierung sollte doch lernen, daß man nicht anfangen sollte mit Abschöpfen von 5 Thlr., sondern daß man Sparsamkeit üben muß nach grünen Ideen. Dazu war eine sehr günstige Gelegenheit bei dem Beitritt der neuen Provinzen. Man hätte wohl annehmen können, daß die Minister ihre Verwaltung nicht in der bisherigen gewöhnlichen Weise mit den alten Kosten fortführen würden. — Noch eine weit wichtigere Frage kommt aber hier in Betracht: wie sollen die Finanzverhältnisse zwischen dem Bunde und Preußen geordnet werden? Mit den herkömmlichen Mitteln ist nicht mehr auszukommen; es genügt nicht, uns zu entgegen: "Eure Vorschläge verleugnen die conservativen Prinzipien und führen zu einer parlamentarischen Regierung, und um mich eines Ausdrucks des Hrn. Finanzministers zu bedienen, wie solche Phrasen sonst lauten." (Heiterkeit.) Mein Antrag bezweckt nun, einen Weg zu finden, auf dem wir aus der Gefahr der Stagnation herauskommen. Wenn ich von höheren Einnahmen des Bundes spreche, so bitte ich dies nicht mißverständlich. Den erhöhten Einnahmen des Bundes soll eben die verhältnismäßige Ermäßigung in Preußen entsprechen. Es ist von politischer Wichtigkeit, dem Reichstag das Recht von Einnahmen zu schaffen, wofür er selbst verantwortlich ist: es ist unzulässig, daß der Reichstag Ausgaben dictirt und wir das Odium ihrer Beschaffung auf uns nehmen müssen. Ich bin gewiß bereit, das Aufsehen des Reichstages zu wahren; dies soll aber nicht geschehen auf Kosten des preuß. Landtags; wir müssen dafür sorgen, daß keine Ueberbürdung Preußens stattfinde. Der Hr. Finanzminister schiebt die Schuld des Defizits auf den Reichstag und das Zollparlament, weil diese seine Steuergesetze abgelehnt hätten. Wir könnten aber im Zollparlament auf eine Erhöhung der Einnahmen ohne Weiteres nicht eingehen, weil wir befürchten, daß dadurch ein Einnahme-Ueberschuss in Preußen geschaffen würde, der nicht wieder fortzuschaffen ohne den Willen der Regierung. Daraus hätte man wohl erkennen können, daß mit den alten conservativen Phrasen nicht mehr durchzukommen, daß es nötig ist, der Volksvertretung einen größeren Einfluss auf die Steuern zu gewähren. Die Finanzverhältnisse des Bundes können schon deshalb nicht unverändert stehen bleiben, da gar kein Finanzminister existiert bei einem Budget von nahezu 90 Millionen (hört! hört!) Wir erklären unsere Bereitwilligkeit, hier, im Reichstag und im Zollparlament mitzuwirken an der Befestigung dieser Zustände; und ich bedauere nur, daß die Regierung bis jetzt auch in dieser Beziehung nicht mit einer einzigen neuen schöpferischen Idee hervorgetreten ist. Mein Antrag bezweckt, solche Ideen herauszulocken. Ich selbst behalte mir einen Antrag für die Berathung über die Matrikularbeiträge vor. Redner will keinen neuen Finanzplan vorlegen; diese "Weisheit" verlangt das Haus gerade von dem Herrn Finanzminister, der die Uebersicht über die Finanzlage haben müsse. Um das Misstrauen gegen eine Willkür der Finanzverwaltung zu beseitigen, müsse die Regierung darauf eingehen, daß die directen Steuern in jedem Jahr nach dem Bedürfniß quotifizirt und bewilligt würden. Er bitte die Regierung mit dem Hause darüber zu verhandeln und uns nicht mit den bekannten conservativen Phrasen zurückzuweisen. Mit solchen Phrasen läßt sich ein neuer Staat nicht aufbauen; da darf man nicht den alten Schelidian für die richtige Weisheit ausscheiden. Wenn man aber führt, durch ein solches Augeständnis die Unterstützung der conservativen Partei zu verlieren, so möge man mit uns eine bindende Vereinbarung dahin treffen, daß, wenn durch erhöhte Einnahmen am Bunde die Einnahmen in Preußen wachsen, über die laufenden Bedürfnisse hinaus, dann gewisse, im Voraus zu bestimmende Steuern erlassen werden, wie z. B. die Beitragssteuer. Bei gutem Willen ist eine Vereinbarung möglich. Mit den alten Verwaltungsgrundzügen der Herren von Mühlner und Graf zu Eulenburg aber geht es nicht mehr; für neue Zustände sind neue Ideen nötig, sonst kommen wir in den Zustand der Stagnation. Wir wollen redlich mithelfen; deshalb habe ich meinen Antrag gestellt, um dessen allseitige Unterstützung ich Sie bitte. (Beifall.)

Präf. v. Fordebeck: Hätte der Hr. Finanzminister ein unparlamentarisches Wort gebraucht, so würde ich, ohne in die alte Kompetenzfrage zurückzufallen, gewußt haben, wie ich die Würde des Hauses und des einzelnen Abgeordneten auch dem Hrn. Finanzminister gegenüber zu wahren gehabt hätte. Der Hr. Finanzminister hat allerdings ein Wort gebraucht, was mir bedenklich schien; es ist das Wort: "Phrase". Ich gebe zu, daß dieses Wort nach Umständen, namentlich wenn es eine persönliche Beziehung enthält, bedenklich sein kann; aber im Interesse der Redefreiheit würde ich es vorziehen, sowohl von den Hh. Ministern wie von den Hh. Abgeordneten immer das Beste zu präsumieren. Ich habe jenes Wort nur deshalb nicht gerichtet, weil mir die Worte des Herrn Finanzministers es erlaubten, dasselbe in rein objektiver Beziehung als einen scharfen Ausdruck für eine Rede ohne Begründung aufzufassen und zu dieser scharfen Zuwendung des Angriffs war meiner Auffassung nach der Hr. Finanzminister parlamentarisch berechtigt. (Bravo.)

Finanzminister v. d. Heydt: Es habe durchaus nicht in seiner Absicht gelegen, irgend einen parlamentarisch nicht zulässigen Ausdruck zu gebrauchen. Er sei allerdings etwas empfindlich berührt gewesen durch die schweren Angriffe des Abg. v. Benda; denselben persönlich zu kränken, habe er nicht beabsichtigt. Der Minister wiederholt, daß er im vorigen Jahre bereits das Deficit "befürchtet" habe; er habe aber nicht vorhersehen können, was im Reichstag und Zollparlament geschehen würde. Man könne sagen, die Herausgabe des Vorlos hätte nicht geschehen sollen, er sei aber nicht dafür verantwortlich zu machen; es dürften dem preuß. Finanzminister nicht mehr Vorwürfe gemacht werden, als er verdiene. (Heiterkeit.) Wenn Abg. Lasker behauptet, daß die Verwaltungskosten erheblich vermindert werden könnten, so sei die Regierung dem Gedanken der Selbstverwaltung bereits näher getreten, und es sei ihre Absicht, dem Hause eine Vorlage zu machen, die zum Theil bestimmte Vorschläge enthalte, zum Theil auf die Vorschläge der Provinzial-Landtage verweise. — Gegen die vorherige Verständigung über gewisse Ermäßigungen und Absetzungen sei er, da in Zukunft leicht neue Bedürfnisse eintreten könnten. Über die Verwendung der Ueberschüsse könne die Regierung nur mit Zustimmung der Landesvertretung verfügen, sobald der Staatschaz seinen Maximalbestand erreicht habe. Er glaubt nicht, daß jemals eine Verlegenheit entstehen würde, wie etwa eine Ueberzahl zu verwenden seien.

Abg. Glasler (das Haus leert sich bis auf etwa ein Drittel; Redner bleibt bei der großen Unruhe im Hause)

zielmäßig unverständlich): Dem Finanzminister werden mit Unrecht Vorwürfe gemacht über Dinge, die einmal geschehen sind. Es kann allerdings mögl. sein, daß wir an einigen Punkten im Etat Änderungen machen müssen; das geschieht aber bei jedem Haushaltsgesetz. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Löwe ist verniedert, daß gerade die Herren, welche so eifrig an der Herstellung des Norddeutschen Bundes und des Zollparlaments gearbeitet, jetzt über die natürlichen Nachtheile klagen, die er und seine Freunde vorausgesagt. Der Antrag des Hrn. Lasker sei nicht logisch. Der Schwerpunkt liege darin und er stelle das Amendum, daß die Ausgaben des Bundes verringert werden. Große Norddeutschland müsse mit gutem Beispiel vorangehen, die Militärlasten erleichtern. Der Finanzminister hat ein kühnes Wort gesprochen, und ich bedaure, daß Hr. v. Benda es wiederholte, daß wir noch lange nicht an der Grenze der Steuerkraft angelangt wären. Die Provinz Preußen hat diese Grenze schon seit Jahren überschritten. Aber auch in andern Provinzen ist man schon vielfach an derselben angelommt. Es kann doch nicht gemeint sein, daß die Grenze erst da beginnt, wo man nichts mehr hat zum Steuern?! Ein klares Beispiel von der Abnahme der Steuerkraft haben Sie an der Maß- und Schlachtfeste. Es ist sehr bedenklich, wenn eine Bevölkerung bei ihren Nahrungsmitteln mit Erfahrungen anfängt. Dieser Thatache schlägt der Minister ins Gesicht, wenn er sagt: Die Steuerkraft ist noch nicht erschöpft. Vorläufig wünsche ich dem Lande Glück, daß der Hr. Finanzminister nicht so über die Steuerschraube zu verfügen hat, wie es ihm wohl genehm wäre. Ich will ihm aber ein gutes Mittel an die Hand geben, die Staatsentnahmen zu verbessern; er verschmäht ja auch Kleinigkeiten nicht, wie wir bei der Aufhebung unserer Portafreiheit gesehen (Heiterkeit). Ich empfehle ihm die bisher von den Steuern eximierte mediatistische Fürsten. Man sagt, ihnen stehe ihr Familienrecht zur Seite u. s. w. Aber die meisten dieser Feudalherren treiben irgend eine gewöhnliche Industrie, wie sie andere Sterbliche auch treiben. Für diesen Betrieb zahlen sie aber keine Steuer; es ist das also eine Prämiierung derjenigen Industrie, welche in vornehmsten Händen ruht. (Sehr richtig!) Sie sind im Irrthum, wenn Sie glauben, daß Sie ein mediatistisches Herz durch Geben gewinnen können. (Bravo.) Trotz der nach 1866 ertheilten Indemnität, für welche auch ich gestimmt habe, haben wir noch dasselbe System in der Verwaltung der Finanzen, des Cultus und des Innern wie damals. Sie haben es vor trefflich verstanden, sich die Herzen zu entfreunden, die Preußen aufrichtig und zärtlich entgegenzulügen und die die Enttäuschung über die wahre Größe des neuen Staates schwerer trifft, als der Druck einer erhöhten Steuerlast. (Beifall.)

Finanzminister v. d. Heydt erklärt, daß die Regierung aus politischen Gründen nicht anders konnte, als die Abfindungssumme für die Deposidirten zu bewilligen. Er selbst habe als Finanzminister darauf nur die eine Einwirkung gehabt, die die volle Zustimmung des Hauses gehabt, daß man die Fürsten statt durch Körser und Domänen durch Geld abgefunden. Was die Mediatisten betrifft, so habe ich keine Veranlassung an dem zu rütteln, was zu Recht besteht; auch glaube ich, daß der Redner die Bedeutung der Ausdehnung der Einkommensteuer auf dieselben überschlägt.

Abg. v. Sybel wünscht nicht, wie der Abg. v. Benda Sparsamkeit beim Bau der Eisenbahnen, welche die Leistungsfähigkeit des Landes heben. Auch der Vorwurf, daß der Staat unrentable Bahnen (für ärmere Gegenden) bauet, halte er für ungerechtfertigt. Für solche Linien wird sich schwerlich ein Privatunternehmer, und wäre es selbst Herr Strousberg, finden; eine Vernachlässigung solcher Landesteile widerspricht der Gerechtigkeit, die der Staat allen seinen Bewohnern schuldet, und hieße, diese Gegenden zum Tode verurtheilen. Die Ausgaben für die Deposidirten, hoffe er, würden den Staat für die nächsten Jahre nicht belasten und die Ueberschüsse während der Zeit der Beichlagnahme in die preuß. Kassen fließen; die Erweiterung der Selbstverwaltung führe keine Ersparnisse herbei, denn es sei gleich, ob die Kosten aus der Staats-, oder aus der Provinzialkasse gezahlt werden; der Militäretat könnte bei dem jetzigen auswärtigen Verhältnissen nicht mit solcher Nonchalance vermindert werden, mit der man hier davon spreche. Durch die Schließung zweier Augen können Verhältnisse eintreten, die uns nötigen, bis an die Bähne bewaffnet den Ereignissen entgegenzutreten. Nochwerdig seien Reformen auf dem Gebiet der Steuern. Es sei allerdings eine anomale Lage, daß die Einzellandtage über die direkten und das Zollparlament über die indirekten Steuern zu entscheiden habe. Es wird deshalb nötig sein, die Hilfe der Regierung dafür in Anspruch zu nehmen, daß eine Korrektur der Zollvereins-Verfassung in Bezug auf das Verhältnis des Zollparlaments zu den einzelnen Staaten eintrete. Augenblicklich fügt die Regierung zwischen zwei Parlamenten und wird mit ihren Forderungen immer von dem einen auf das andere verwiesen. Ich bitte Sie den Anträgen der Regierung Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

Abg. Tweten gibt eine Analyse des Budgets in anderthalbblättriger Rede, die sich so überwiegend in Bissern bewegt, daß jeder Versuch der Wiedergabe ihre Bedeutung beeinträchtigen würde. Er vertheidigt den Antrag Laskers ohne die Amending Poewe's. Unsere Anstrengungen seien nicht zu vermindern, da Deutschland noch nicht fertig sei. Mit Recht habe General v. Moltke die Einigung Deutschlands als die Voraussetzung für die Abrüstung bezeichnet. Leider sei die angeständige neue Kreisordnung die einzige innere Reform, auf die wir zu rechnen haben. (Beifall.)

Nach einer Bemerkung v. Benda's, der dem Ausdruck "Mangel an objektiver Wahrheit" jeden verlegenden Charakter abspricht und an sein verneinendes Votum bei 60 Millionen, die in der vorigen Session bewilligt wurden, erinnert, wird die Fortsetzung der Generaldissemination (es sind noch eingeschrieben Birchow, Kirchmann und Fanper) bis Dienstag vertagt.

△* Berlin, 18. Nov. [Realschulen.] Herr v. Mühlner. Die Petition des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung von Posen um Erlaßung der Abiturienten der Realschulen I. Ordnung zu der juristischen und medicinischen Facultät der Universitäten ist hier eingegangen und wird hoffentlich auch von anderen städtischen Behörden baldigst untersucht werden. Der Hr. Cultusminister hat bekanntlich den gleichen Antrag des Magistrats von Posen ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Daß die Stellung des Abgeordnetenhauses zu dieser Frage eine andere sein wird, unterliegt wohl keinem Zweifel. Wir hoffen, daß auch Männer aus den conservativen Parteien für die Erweiterung der Berechtigung der Realschulen eintreten werden. Die Petition der Comunalbehörden hebt zunächst hervor, daß die dortige Realschule I. Ordnung in der Prima nur wenig besucht sei; die meisten Schüler verlassen die An-

stalt, nachdem sie die Berechtigung zum einsährigen Militärdienst erlangt haben. Diesem Uebelstande könnte nur abgeholfen werden, wenn man der Realschule die ebenbürtige Stelle, welche sie neben den Gymnasien verdienen, auch einräume. Das Monopol der Bildungsanstalt der alten Sprachen besthe nicht mehr; es sei unbegreiflich, weshalb man den Geist der Jugend nicht durch den großen Schöpfungen der englischen und französischen Literatur heranbilben könne, unbegreiflich, weshalb man den Naturwissenschaften die ihnen gebührende Stelle vorenthalte. Der Jurist brauche die griechische Sprache in seinem Fach nicht, die lateinische lerne er auf der Realschule jenseit als es nötig sei, die neuern Sprachen würden ihm aber sehr wesentliche Dienste leisten. Was die Mediziner betreffe, so habe der Hr. Minister selbst in einem neuerlichen Erlass auf die unzureichende Vorbildung in den Naturwissenschaften hingewiesen. Nur durch das Hangen am Althergebrachten und Ueberleben, durch Vereingenommenheit und Vorurtheile könne man sich das consequente Widerstreben gegen jede Competenz-Erweiterung der Realschulen erklären. Heute hieß es allgemein, Hr. v. Mühlner habe seine Entlassung nachgesucht. Es war schon oft davon die Rede — und Hr. v. Mühlner ist heute gleichwohl noch Minister.

† Berlin, 15. Nov. [Die Verhandlung über die Schulgesetze.] Der Antrag Guérard's. Es wird vielseitig bedauert, daß der von nationalliberaler Seite gefielte Antrag, die 4 eingebrachten Gesetzentwürfe, betreffend das Volksschulwesen der Vorberathung im Hause zu unterwerfen, von den Conservativen und der Fortschrittspartei abgelehnt und die Gesetzentwürfe an die Commission verwiesen worden sind. Die Vorberathung im Hause wäre der geeignete Weg gewesen, die Mängel und Bedürfnisse unseres Volksschulwesens sowie überhaupt das ganze System Mühlner recht bald offen und klar dem Lande darzulegen. Nachdem die Gesetzentwürfe an die Commission verwiesen, wird man auf die Debatten über diesen Gegenstand noch etwas zu warten haben. Die Fortschrittspartei scheint noch immer eine greße Vorliebe für die Berathungen in den Commissionen zu haben. Nur einzelne Mitglieder (u. A. Birchow) stimmen für die Vorberathung im Hause. — Man hört jetzt aus guter Quelle, daß die Regierung gesonnen sei, den Antrag v. Guérard, betreffend die Redefreiheit zu acceptiren. Gleich dies, so werden die Fortschrittspartei und national-liberale Partei dem Antrage bestimmen. — Die nationalliberalen Fraktionen batte gestern ein Fraktionssitz, dem auch der Präsident v. Fordebeck und mehrere auswärtige Gäste, u. A. Senator Bernau aus Hamburg, beihalten.

[Marine.] Die Corvette "Vineta", die bisher im Kieler Hafen zur Abrüstung neben dem Marindepot lag, wurde am 12. November von dem Kanonenboot "Habicht" und am 13. das Wachtschiff "Fregatte Gieson" nach der Wasserallee ins Winterlager geholt. Die Brigg "Hela" wird in den nächsten Tagen außer Dienst gestellt und die darauf beständlichen Cadetten auf die "Gieson" gelegt werden.

[Der evangelische Oberkirchenrat] ist in Betreff des vom Magistrat gestellten Gesuchs wegen Benutzung der Nicolaikirche zur Begehung einer kirchlichen Feier des hundertjährigen Geburtstages Schleiermachers der bereits gefällten Entscheidung des Consistoriums der Provinz Brandenburg beigetreten.

* [Berichtigung.] Von zuverlässiger Seite geht uns die Mitteilung zu, daß die in der Morgennummer vom 14. Nov. abgedruckte, der "Brosch. B." entnommene Nachricht, die Petition der Polen wegen der polnischen Sprache in den Schulen habe "u. A. durch Betrieb von Geistlichen 27,000 Unterschriften erhalten", unbegründet sei. Die Geistlichen hätten sogar jede Beihilfung an der Petition versagt. Ferner wird uns von derselben Seite mitgetheilt, daß außer jenen 27,000 Unterschriften noch weitere 20,000 folgen werden.

[Die Juden Rumäniens] haben sich in ihrer Bedrängnis aufs Neue nach Berlin gewandt, und es sind von hier aus, wie man hört, directe Schritte bei dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck geschehen.

Stettin, 14. Nov. [Abstimmung.] In der heutigen Magistrats-Sitzung hat Hr. Oberbürgermeister Burscher die Wahl als Vertreter der Stadt Stettin im Herrenhause abgelehnt.

Rendsburg, 14. Nov. [Provinziallandtag.] Bei der Berathung über die Proposition des Abg. Stau, betr. die Anwendung der dänischen Sprache bei den Landtagsmittheilungen, wurde der Antrag, wonach Alles, was gebrückt oder geschrieben vorgelegt wird, den dänisch-sprechenden Deputirten in dänischer Uebersetzung zugestellt werden soll, mit allen Stimmen gegen drei angenommen, mit dem Zusage, daß der regelmäßige Geschäftsgang durch Ausführung jenes Beschlusses nicht beeinträchtigt werden dürfe. — Zum Sitz des Provinziallandtages wurde vorläufig Rendsburg gewählt.

In den ständigen Ausschüssen, welcher mit der Regierung wegen provinzialer Selbstverwaltung verhandeln soll, wurden Ahlefeldt, Uetersen und Wiggens gemäßigt.

(W. L.)
Österreich. Wien, 14. Nov. Die "Wiener Zeitung" veröffentlicht das vom Kaiser sanctionirte Gesetz in Betreff der Redaktion des Actien-Capitals der Nationalbank um 204 Millionen Gulden. — Gegenüber dem von Pariser offiziösen Blättern ertheilten Dementi schreibt heute die "Presse": Es handelt sich allerdings nicht um eine Revision des Pariser Vertrages, sondern nur um eine authentische Interpretation der die Donauflurstenthümer betreffenden Vertragsartikel, möglicherweise mittels eines Nachtragsprotokolls.

— 15. Nov. [Titelfrage. Bank Deficit.] Ein K. Handschreiben an den Reichsanzler regelt die Titelfrage, in Gemäßigkeit des Ausgleiches mit Ungarn dahin, daß der zukünftige Titel des Kaisers lautet: "Kaiser von Österreich, König von Ungarn", der zukünftige Titel des gemeinsamen Reiches: "Österreich-Ungarische Monarchie". — Laut Bekanntmachung der Nationalbank beginnt, behufs der Reduction ihres Aktienkapitals, die Rückzahlung auf die Aktien am 16. November. — Das Cisleithanische Deficit für 1869 beträgt, nach der "N. fr. Pr.", höchstens fünfzehn Millionen Gulden, der Finanzminister beabsichtigt die Deckung derselben durch eine Steuerreform herbeizuführen. (W. L.)

England. London, 14. Nov. [Gladstone] hat in Woche eine Wahlrede gehalten, in welcher er gegen alle Beschuldigungen, daß er ein Feind der englischen Kirche sei, protestierte; er habe stets derselben angehört.

— [Wachsende Not.] In der vierten Woche des August erhielten in England und Wales 48,741 Personen mehr, als in der entsprechenden Woche des vorigen Jahres, Armenunterstützung, und die Armenlisten für den hauptstädtischen Bezirk allein zeigen einen Surplus von 10,000 Mann. Der amtliche Ausweis zeigt ferner, daß die Armut während des Monats August in allen Armenbezirken des Landes, ohne eine einzige Ausnahme, zugenommen hatte.

Frankreich. Paris, 13. Nov. [Tagesbericht.] Nach der "Patrie" schreitet die Organisation der Cadres der mobilen Nationalgarde rüstig vorwärts und wird in Paris am 1. Jan., in ganz Frankreich am 1. Febr. vollendet sein können. — Mehrere Zeitungen erwähnen das Gericht von Reductionen in den Etats des Kriegs- und Marineministeriums. "Presse" hört von 13 Millionen für das Marinebudget allein; außerdem habe der Kriegsminister mehrere seiner Forderungen fallen lassen, wodurch das Gleichgewicht im Budget wiederhergestellt worden sei. — An die vom "Gaulois" gemeldete Verschwörung glaubt Niemand. — Der Proces wegen der Kundgebungen auf den Kirchhöfen und wegen der Aufforderung, zu einem Denkmal für Baudin zu unterzeichnen, beginnt heute; alle Angeklagte leugnen, sich über Manöver (Umtriebe) verständigt zu haben. — Beiräther's Befinden fließt ernste Befürchtungen ein. (N. T.)

[Über die Stimmung in Madrid] erfahren wir von einem Freunde, welcher Hrn. Olzaga näher sieht, einiges Nähere. Es geht auch aus diesem Schreiben hervor, daß die Zahl der Anhänger der republikanischen Partei bedeutend zugenommen hat. Es war in der Stadt das Gerücht verbreitet, die Regierung wolle diesen Bestrebungen gegenüber zu Repressalien schreiten und sie habe Truppen konquirt, um sie gegen eine für den Tag angekündigte große republikanische Versammlung auszitzen zu lassen. Unser Correspondent dementiert zwar dieses Gerücht, doch ist es immerhin bezeichnend, daß dasselbe eine allgemeine Verbreitung gewinnen konnte. Die von mehreren Seiten, wie auch besonders von dem Times-Correspondenten gemeldete Nachricht, daß eine Candidatur Espartero's vielen Beifall finde, wird durch unsern Berichterstatter nicht bestätigt; es ist allerdings von einem solchen Ausweg die Rede gewesen, doch hat er nicht viele Stimmen für sich.

— 14. Nov. [In Sachen der Baudin-Subscription] und wegen der Vorfälle auf dem Kirchhofe Montmartre sind Gaillard Bater und Quentin zu je 500 Frs. Geldstrafe, Gaillard Sohn zu 150 Frs. und 1 Monat Gefängnis, Perron und Delescluze zu je 2000 Frs. Geldstrafe und 6 Monaten Gefängnis und P. yrat, Challemel und Duret zu je 2000 Frs. Geldstrafe verurtheilt worden.

Spanien. Madrid, 14. Nov. Ein Rundschreiben Prims beantwortet die Forderungen um Verstärkung der Garnisonen, die von fast allen Generalcapitänen in den Provinzen gestellt worden, abschlägisch. Das Circular sagt, die Regierung zähle auf die Unterstützung des größten Teiles der Nation; die Verstärkung der Garnisonen würde die Verbesserung der Armee bis zu einer Besserung notwendig machen, weit größer als diejenige, welche man dem Lande auferlegen dürfe. Das Rundschreiben kündigt eine beträchtliche Truppenconcentrung in Neu-Castillen an. (W. T.)

— [Das Manifest des Centralwahlcomites] ist veröffentlicht. Es proklamirt alle Freiheiten, welche früher Seitens der revolutionären Juntas proklamirt waren, auch die Religionsfreiheit, die, das Recht des Gewissens für immer heilig halten lassen und sicher stellen müsse. Die Stelle hinsichtlich der Regierungsform lautet: „Die monarchische Regierungsform stellt sich uns nach dem Verlaufe unserer Revolution zur festen Begründung der Freiheit als nothwendig hin. Das Königthum von Gottes Gnaden ist für immer zu Grabe getragen; das Königthum der Zukunft soll aus dem Volksrecht neu entstehen; es soll das allgemeine Stimmrecht heilig halten, es soll die Volksverantwortlichkeit versinalichen und alle staatlichen Befugnisse den Rechten der Bürger unterordnen, welche in einer von demokratischen Staatseinrichtungen umgebenen Monarchie, einer Volksmonarchie, höher stehen, als alle sonstigen Einrichtungen und Machtvollkommenheiten.“ Das Manifest schließt mit den Worten: Die Liberalen werden die von der verfassunggebenden Volksvertretung eingesetzte Staatsgewalt respektieren. (N. T.)

Danzig, den 16. November.

* [Johannisschule.] Wie wir hören, hat der Magistrat die Frage über die Gestaltung der Johannisschule nochmals in Berathung gezogen. Die Mitglieder desselben sollen bei dieser Gelegenheit übereinstimmend die Ansicht ausgesprochen haben, daß der Magistrat nicht beabsichtigt einen Beschuß der Stadtverordneten-Versammlung ausdrücklich entgegenzuhandeln. Den Magistrat habe bei den Verhandlungen mit dem Herrn Dirigenten lediglich die Absicht gezeigt, den städtischen Behörden für die Zukunft die Möglichkeit offen zu lassen, bei der Johannisschule, wenn die Umstände und insbesondere finanzielle Rücksichten es wünschenswert machen, die Prima eingehen zu lassen. Selbstverständlich würde ein solcher Fall nur dann eintreten, wenn sich herausstellen sollte, daß die Prima der beiden Realschulen 1. Ordnung für die Dauer nicht hinreichend besucht würden. Der Magistrat ist jedoch bereit, wenn die Stadtverordneten-Versammlung den gegenwärtigen Zustand für die Dauer zu erhalten wünscht, die definitive Regelung der Angelegenheit in diesem Sinne vorzunehmen.

* [Pommersche Eisenbahn.] Nach neuen hier eingegangenen Nachrichten ist nicht anzunehmen, daß die Bauten in der nächsten Umgebung der Stadt bald beginnen werden, da über die Anlegung des Bahnhofes eine Einigung zwischen den betreffenden Behörden noch nicht hat herbeigeführt werden können. Dagegen sollen, wie wir hören, die übrigen Arbeiten auf der Strecke von Kas nach Danzig bald in Angriff genommen werden.

[Westplatte.] Wie uns mitgetheilt wird, ist der beliebte und im vergangenen Sommer so überaus stark frequentirte Badeort Westplatte in Folge ministerieller Verfügung an die Fortificationsbehörde fortan nicht mehr den lästigen Vorschriften des Rayons-Reglements unterworfen. Durch den Bau des neuen Forts bei Brösen sind die beiden Schanzen auf der Westplatte überflüssig geworden und sollen dieselben demnächst abgetragen werden. Es ist dies in doppelter Hinsicht erstaunlich: einertheils weil damit für immer die Befestigung verschwindet, daß einmal das schöne Wälchen bei einem event. Kriegsfall geopfert werden könnte und andertheils, weil nunmehr, nachdem die hemmenden Fesseln gefallen, nach Belieben Neu- und Umbauten dort selbst ausgeführt werden können, die jetzt comfortabler und den Bedürfnissen entsprechender einzurichten sind. Der Badeort wird sich voraussichtlich in Folge dieser Begünstigung in kürzester Zeit wesentlich heben.

* [Zubiläum.] Vor wenigen Tagen beging der Drechslermeister Hrn. Chr. H. Wannak hier das seltene Fest seines 50jährigen Bürger- und Meister-Zubiläums. Es gingen demselben vielfach Gratulationen von Bekannten und Freunden zu; als Mitglied der Drechsler-Innung wurden dem Jubilar die Glückwünsche der Innung durch eine Deputation derselben dargebracht, welche sich der Magistrats-Beisitzer der Innung, zugleich im Auftrage des Magistrats, angegeschlossen hatte. Der Abend vereinigte den Jubelmeister mit seinen Innungsgegnos bei einem solemnen Aben dessen im gewöhnlichen Versammlungssale der Innung, bei

Herrn Selonke. Herr W., nach der Rückkehr aus dem Feldzuge von 1813–15, den derselbe als Freiwilliger mitgemacht, im November 1818 als Bürger hier anträgig geworden, erfreut sich heute noch, trotz seiner 74 Jahre, einer großen geistigen und körperlichen Rüstigkeit und nimmt am öffentlichen Leben thätigen Anteil. Derselbe wird noch in diesem Monat mit seiner ebenso rüstigen Ehefrau seine goldene Hochzeit feiern.

* [Diebstahl] In der Nacht vom 11. zum 12. d. sind der Militair-Bekleidungs-Commission durch Einbruch in die Handwerksstube im Stockhurme 10 Paar gefertigte lange Stiefel und 2 Paar kurze Stiefel gestohlen worden.

* [Trunkenen.] Der Schiffstoch John Hoar vom engl. Schiff "Mokanna", ist am 13. d. Nächts, vom Vollwerk in Neufahrwasser in den Hafen gestürzt und ertrunken.

* [Gewitter.] In Königsberg entlud sich in der Nacht vom 14. zum 15. ein Gewitter. Am Tage vorher war Kälte eingetreten und der erste Schnee gefallen.

Vermischtes.

— [Eine Tänzerin verbrannte.] Am 11. d. ist während der Aufführung der Feerie "Aischenbrödel" in dem Victoria-Theater zu Berlin ein großes Unglück geschehen. Eine der vielen beschäftigten Figurantinnen, ein Mädchen von 13 Jahren, batte, um sich, in ländlicher Kleidung, eine an dem dünnen Florkleide befindliche Schleife abzubrennen, in dem Ankleidezimmer einen Stuhl und von da einen Tisch bestiegen und sich endlich so der absichtlich hoch angebrachten Gasflamme genähert und war, wie sich denken läßt, schnell von der Flamme ergriffen. Das brennende Mädchen stürzte in Angst und Verzweiflung eine Treppe hinauf und fand sofortige Hilfe; die Flammen waren bald gelöscht. Sie wurde nach dem Neuen Hedwigskrankenhaus gebracht, woselbst die Unglücksfälle am Freitag früh unter den schrecklichsten Schmerzen verstorben ist.

— [Schneefall.] Aus Württemberg, aus dem Erzgebirge, aus dem Voigtländ und aus Böhmen liegen Berichte von sehr starkem Schneefall vor. In Ulrich (Württemberg) fielen am 8. und 9. November so große Schneemassen, daß der Verkehr sehr erschwert wurde. In Reutlingen brach das Sommertheater unter der Last des Schnees zusammen. Im Erzgebirge hat der Schnee vielen Schaden angerichtet. In den Wäldern giebt es zahlreiche Schneebriiche.

Bukarest, 13. Nov. Heute Morgen 9 Uhr wurde hier selbst ein äußerst heftiger, mehrere Sekunden anhaltender Erdbeben verübt. (W. T.)

Börse-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. November. Aufgegeben 2 Uhr 26 Min.

Angelommen in Danzig 3½ Uhr.

	Letzter Crs.		Letzter C:s	
Wolzen, Nov...	63	63½	3½% Ostpr. Pfandb.	78½
Roggen fester,			3½% westpr. do.	75½/8
Kauflingspreis	55½	55½	4% do.	82½
Nov.	55½	55	Lombarden	106½/8
Frühjahr.	51½	51½	Lomb. Prior. Ob.	217½/8
Kübel, Nov.	91½/24	91½/24	Destr. Nation. Anl.	55
Spiritus matt,			Destr. Banknoten	87½
Nov.	16½/8	16½/24	Ruß. Banknoten	83½/8
Frühjahr.	16½	16½/24	Amerikaner ...	79½/8
5% Pr. Anleihe.	103½/8	103	Ital. Rente ...	54½/8
4½% do.	94?	94½/8	Danz. Priv. & Act. 106½/8	106½
Staatschuldssch.	81½/8	81½/8	Wechselkurs Lond.	— 6,23½
Kondobörse: fest.				

Frankfurt a. M., 15. Novbr. [Effecten-Societät.] Still. Preußische Kassenanweisungen 105. Berliner Wechsel 104½. Hamburger Wechsel 88. Londoner Wechsel 118½. Pariser Wechsel 94½. Wiener Wechsel 101½. 5% österr. Anleihe de 1859. Nationalanleihe 53. 5% steuerfreie Anleihe 52. österr. Bank-Aktionen 835. Credit-Aktionen 223. Darmstädter Bankaktien 258. Lombarden 185½. österr. franz. Staatsbahn 277. Bayrische Prämiens-Anleihe 103. Badische Prämiens-Anleihe 99½. 1860er Loose 76. 1864er Loose 102.

Wien, 15. Novbr. [Privatverkehr.] Matt. Lombarden angeboten. Kreditactien 222, 20. Staatsbahn 274, 90. 1860er Loose 87, 50. 1864er Loose 101, 90. Bankaktien 827, 00. Ungarische Kreditactien 90, 75. Lombarden 182, 70. Napoleons 9, 32.

Liverpool, 14. Nov. (Bon Springmann & Co.) Baumwolle 8–10,000 Ball. Umsatz Middlesex Orleans 11, middling Americanisch 10½, fair Dohllerat 7½, middling fair Dohllerat 7½, good middling Dohllerat 7½, fair Bengal 7½, new fair Domra 8½, good fair Domra 8½, Pernam 11, Smyrna 9, Egyptianisch 11½. Ruhig.

— [Schlußbericht.] 8000 Ballen Umsatz, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Tagesimport 10,395 Ballen, davon ostindische 7402 Ballen. Sehr flau.

Paris, 14. Nov. Schl. Course 3% Rente 71, 60 bis 71, 40. Italien. 5% Rente 56, 20. Österreichische Staats-Eisenb.-Actien 596, 25. Österreichische ältere Prioritäten —. Österreichische neuere Prioritäten —. Credit-Mobilier-Actien 290, 00. Basse Lombardische Eisenbahn-Actien 390, 00. Lombard. Prioritäten 220, 87. 6% Verein. St. 7½ 1882 (ungestemmt) 83½. Tabaksobligationen —. Sehr matt und sehr bewegt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 94½ gemeldet.

Paris, 14. Nov. Blehl 7½ Octbr. 82, 25, 7½ Januar-April 81, 00. Blehl 7½ November 66, 00, 7½ Januar-April 62, 25. Spiritus 7½ November 72, 50. — Regenwetter.

Lissabon, 13. Nov. Folgende aus Rio de Janeiro vom 23. d. M. datirte Berichte sind hier eingetroffen: Abladungen von Kaffee seit letzter Post. Nach der Elbe und dem Kanal 14,968, nach Nordamerika 61,307, nach Gibraltar und dem Mittelmeer 11,700 Sac. Borrath 180,000 Sac. Tendenz fest. Good first 6000–6300 Reis. Cours auf London 19½–19¾. Fracht nach dem Kanal 40s. Abladungen von Santos nach der Elbe und dem Canal 4100 Sac. Triester Mehl 32,000 Reis.

New York, 14. Nov. [Schlußcourse.] atlantisches Kabel. Gold-Agio höchster Cours 35½, niedriger 34½, schloß 35½. Wechselkurs a. London in Gold 109½, 6% Amerik. Anleihe 7½ 1882 109½, 6% Amerikanische Anleihe 7½ 1885 107, 1865er Bonds 110, 10/40er Bonds 105, Illinois 141, Cribahn 49, Baumwolle, Middlesex 24, Petroleum, raffinirt 28, Mais 1, 16. Blehl (extra state) 6, 45. — 7, 05.

In Cribahn aufgeregtes Geschäft. In Folge Nachfrage von Spekulanten stieg der Cours bis auf 52, schloß 49.

New York, 14. Nov. Baumwollenbericht (von Neill brothers.) Zufuhren während der Woche 75,000 Ballen. Ausfuhr nach Großbritannien 23,000 Ballen. Borrath in allen Häfen der Union 196,000 Ballen.

Danziger Börse. Amtliche Notirungen am 16. November.

Weizen 7½ 1000ff. 7½ 520–555.

Roggen 7½ 4910ff. 122–134ff. 7½ 400–420.

Gefüge 7½ 4320ff. große 117ff. 7½ 396.

Erbse 7½ 5400ff. weiße 7½ 426–438.

Spiritus 15½ ff. 7½ 8000ff. Dr.

Wechsel- und Fondscourse. London 3 Mon. 6. 23½ Br. 6. 23 bez., Hamburg 2 Mon. 150½ Br. 150½ bez.

Amsterdam 2 Mon. 142½ bez. Westpreuß. Pfandbriefe 4% 83½ Br. Danziger Privatbanken 107 Br.

Frachten. Kohlenhäfen 2s 6d 7½ 500% engl. Gewicht

Weizen Antwerpen 23s 6d engl. Sterling 7½ Load — eichene Sleeper.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Danzig, den 16. November. [Bahnpreise.]

Weizen, weißer 130/132 — 135/136ff. nach Qualität 91½

bis 92½/92½ ff. hochbunt und feingefügt 132/3 — 135/6ff.

nach Qualität 90—91, 91½ ff. dunkelbunt und hell-

bunt 131/2—133/5ff. 7½ 85/6—87½ 90 ff. Sommer und roth Winter 132/3 — 137/139ff. von 80/81 bis 83½ ff. 7½ 85 ff.

Roggen 126—128—130—132ff. 67½—68—68½—69 ff.

Erbse 126ff. nach Qualität 72½/73 — 73½/74 ff. 7½ 90 ff.

Gefüge, kleine 104/6 — 110/112ff. von 61/62 62½/63 ff. 7½ 72 ff.

Gefüge, große 110/12 — 117/20ff. von 62/63 — 63½/64/66 ff. 7½ 72 ff.

Hafer 39—41 ff. 7½ 50 ff.

Spiritus 15½ ff. bz.

Getreide-Börse. Wetter: trübe. Wind: NW.

Die Befahrt von Weizen war am heutigen Marte groß, da-

gegen fehlte jede Kauflust dafür, und erst als Inhaber sich entschlossen, bedeutend in ihren Forderungen nachzulassen,

könnten doch nur bis nach Schluss der Börse im Ganzen

160 Last und diese schwer verkauft werden. Man kaufte 7½

Ausverkauf!

Geschäftliche Veränderungen veranlassen mich, den größten Theil meiner Artikel in decor. und weiss. Porzellan, einfache und Crystall-, Hohlglas-, Metall-, Holz- und Blechwaren, Petroleumlampen &c.

Zum Ausverkauf

zu stellen, und habe ich die Preise derselben bedeutend herabgesetzt und empfehle selbige der gütigen Beachtung. (3609)

Langgasse 35. F. A. Schnibbe, Langgasse 35.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß heute früh 2 Uhr unsere kleine Hedwig verstorben ist.

Mühle Bischnitz, den 14. Nov. 1868.

(3586) **Carl Bluhm** nebst Frau.

Den heutigen Abend 7 Uhr an der Lungenerkrankung erfolgten sanften Tod meines liebsten Mannes, unseres thuren Vaters, Großvaters, Schwiegervaters, Bruders und Schwagers, des Kaufmanns Carl Heinrich Biebisch,

im 71. Lebensjahr, zeigen teilnehmenden Freunden und Bekannten tieftreubt an die Hinterbliebenen.

Danzig, den 15. November 1868. (3578)

Freitag, den 13. Nov., 11 Uhr Abends, entschlief unsere geliebte Schwester Cäcilie Quadt aus Neustadt, welches tief betrübt anzeigen die Hinterbliebenen.

Danzig, den 16. November 1868. (3610)

Gestern 11 Uhr starb unter geübtes Wohnen Willi, 1 Jahr 4 Monat alt, an der Halsdrüse. (3581)

Vorahn, den 14. November 1868.

Setzke nebst Frau.

Bekanntmachung.

Zur Vermietung des Vorberkellers unter dem Hause Jopengasse No. 32 auf sechs Jahre vom 1. April 1869 bis incl. 31. März 1875 steht ein Leitungs-Termin

am 21. November c.

Vormittags 11 Uhr, im Rathaus hier selbst vor dem Herrn Stadtrath Strauß an, zu welchem wir Miethslustige mit dem Bewerben einladen, daß mit der Aktion selbst um 12 Uhr Mittags begonnen wird und daß nach Schluß derselben Nachgebote nicht mehr angenommen werden. (2600)

Danzig, den 14. October 1868.

Der Magistrat.

Abonnements-Anmeldungen für den Preußischen Oelfarbendruck-Verein "Borussia" in Berlin für das Jahr 1869 nimmt entgegen Otto Lindemann, Siegengasse 1. Beitrag pro Quartal 1 Rg. 5 Gr., Vereinsbildern stehen zur Ansicht bereit. (3616)

Medicinal-Kalender f. d. Preußischen Staat auf 1869, 1½ R. ist eingetroffen bei Th. Anhuth, Langenmarkt No. 10. (3583)

Medicinalkalender für 1869

traf ein in Danzig in der L. Sannier'schen Buchhandl. A. Scheinert.

Die Verlobung meiner Tochter Johanna mit dem Lehrer Herrn Otto Beyer in Berlin erläutere ich hiermit für aufgehoben.

Pr. Stargardt, den 15. November 1868. (3576) **R. Clemens.**

Porto-Birnen, franz. Apfeln, Prünellen und Datteln offerirt die Handlung von Bernhard Braune. (3564)

Bernhard Braune.

Neue Smyra. und Malaga-Felsen, Cranberries, Walenz. Mandeln, directer Zufluss, empfiehlt die Handlung von Bernhard Braune. (3565)

Bernhard Braune.

Schöne frisch geröstete Weichsel-Nüssen von 9 Pfennigen pro Stück an und per Schock von 1½ Thlr. an, Süßkeiten per Stück 3 Sgr. und marinierten Nütsch offert Gustav Thiele. (3588) Heiligegeistgasse No. 72.

Echt engl. Biscuits in 3 Marken, als Queen, Combination, Pic-Nic, empf. Julius Tetzlaff, (3601) Hundegasse 98.

Frische Kieler Sprotten Julius Tetzlaff, (3601) Hundegasse 98.

Zur gefälligen Ansicht und Prüfung ausgestellt

Original-Nähmaschinen von The Singer Manufacturing Co. in New-York

für Familien und Gewerbe. Hotel Engl. Haus, Zimmer 17.

A. Neidlinger, General-Agent für Deutschland u. den Norden, Berlin, Leipzigerstraße 86, Hamburg Neuerwall 3.

Neueste Cotillon-Sachen. Victoria-Spritzlacons pro Dbl. 20 Sgr., Knall-Skopfbedeckungen pro Dbl. 17½ Sgr., Attrappen im verschiedensten Genre, geschmackvolle Orden von 2½ Sgr. bis 2 Thlr. pro Dbl.

Schärpen, Schürzen, Diademe und farbige Fächer zum Ausziehen. (3600)

Louis Loewensohn, 1. Langgasse 1.

Den Punschsyropen von Joh. Adam Roeder in Köln-Düsseldorf

— in Paris 1855 und London 1862 mit Preismedaillen gekrönt — wurde auf der Ausstellung in Paris 1867 ganz allein von allen ähnlichen rheinischen Fabrikaten die silberne Preismedaille zugesprochen. Diese elatante und wiederholte Anerkennung der Vorzüglichkeit dieser Fabrikate rechtfertigt die besondere Vorliebe, welche denselben seit Jahren Seitens eines geehrten Publikums zu Theil wird und empfiehle ich solche in Rum, Arrac, Burgunder, Ananas u. Banane zur gefälligen Abnahme.

(3572)

F. E. Gossing.

Joren- und Portchallengassen-Ecke Nr. 14.

Mein Lager von Koch-Butter und Viehsalz in Säcken empfiehle der geneigten Beachtung.

Von Viehsalz gebe den 1½. Etur-Sack (Netto) bei Entnahme größerer Quantitäten noch unter 1 Thlr. ab. Posilge. (3571)

Aug. Laabs.

Meine in Frankfurt a. O. und anderen größeren Fabrikstädten persönlich eingekauften Waaren habe ich bereits empfan gen. Durch ganz besonders billigen Einlauf sind meine Lager in Leinen-, Woll- und baumwollnen Waaren auf das Reichhaltigste fortwährend und bin ich daher im Stande, in ein gros und en détail ausnahmsweise billige Preise zu stellen. Otto Neglaff.

Cigarren.

Cigaretten und Türk. Tabake offerirt zu Fabrikpreisen en gros und en détail das Commissions-Lager n. Haupt-Depot Danzig, Comtoir Hundegasse 49,

J. R. Schweitzer. (3568)

Eine genügte Bästet-Demisselle (aber nur eine solche), kann sofort ein Placement erhalten Dominikaner-Halle, Junkergasse No. 3. (3612)

Ein unverheiratheter erfahrener

Landwirth in gesettem Alter, welcher längere Zeit als Inspector auf grösseren Gütern in der Mark Brandenburg fungirte, sucht eine gleiche Stelle sogleich oder später. Adressen werden durch die Expedition dieser Zeitung unter Nr. 3593 erbeten.

Das Ladenlokal Schmiedegasse No. 12, worin seit Mai 1857 mit günstigem Erfolg eine Lederhandlung bestanden, ist von April 1869 zu diesem oder ähnlich reinlichen Geschäften nebst Wohnung, bestehend aus 5 brizbaren Zimmern, Küche, Kellern und sonstigem Zubehör, unter angemessenen billigen Bedingungen zu vermieten. Näheres erheit auf prototrofe schriftliche wie mündliche Anfragen die Besitzerin Wittwe S. Sabinska, Ohra 179 per Danzig. (3579)

Eine Wohnung von 4—5 Zimmern nebst Gaubinet wird zum April nächsten Jahres zu mietbaren geacht Adressen unter 3536 in der Expedition dieser Zeitung.

Mittwoch, den 18. November c.

im Gewerbehaussaale

zum Besten der

vier Klein-Kinder-

Bewahranstalten:

Vorlesungen der Herren 1) Pastor Hevelke: „Amos Comenius und seine Verdienste um die Schule“; 2) Dr. Mannhardt: „Aus Friz Reuter.“

Anfang 6½ Uhr Abends. Einlaufeprise 10 Sgr. Billets für den ganzen Cyclus 1 Thlr. (3606)

Zum Besten des evangel. Johannes-Stiftes

wir die 2. Vorlesung am Dienstage, den 17. d. Mts., 7 Uhr Abends, im Saale der Concordia (Gang Hundegasse) von Herrn Prediger Müller über:

„Schleiermacher. — Zur Vorfeier sei gehalten werden.

Billets zu dieser Vorlesung sind bei Herrn August Womber zu haben. (3587)

Der Vorstand.

Des Todestages wegen findet die erste Sinfonie-Soirée im Artushofe am 21. d. M. nicht statt. (3618)

Das Comité der Sinfonie-Soirées.

Naturforschende Gesellschaft.

Zur ordentlichen Versammlung der naturforschenden Gesellschaft am

Mittwoch, den 18. November, 7 Uhr Abends, wird hierdurch eingeladen.

Herr Astronom Kayser: „Untersuchungen der wirklichen Gestalt des Erdmondes.“ (3585)

Wissenschaftliche Mittheilungen und Demonstrationen.

Ball.

Danziger Stadttheater.

Dienstag, den 17. November. (2. Ab. Nr. 15.)

Don Juan. Große Oper in 2 Acten von W. A. Mozart.

Selonke's Etablissement.

Dienstag, 17. November:

Zweites Gaißspiel der berühmten Schlittschuhänzerin Miss Frederika aus London.

Große Vorstellung und Concert.

Druck und Verlag von A. W. Kasten

in Danzig.

Des ungünstigen Winters wegen mit meinem

großen Lager zu räumen, verlaufe ich sämtliche Gegenstände zu enorm billigen Preisen.

Für Damen:

Alle Sorten Pelzfutter, Muffen, Stolas, Pele-
rinen u. Manschetten, in seinem Herz, Bisam-,
Bobel-, Marperlen, Jäden mit Pelzfutter,
Pelzbesätze zu Barets und Mänteln, Theater-
Kostümchen, Pelz-Tapisse, Herbst- u. Winter-
Mäntel und Jäden in großer Auswahl.

Für Herren:

Reise- und Geh-Pelze in allen Pelzarten,
Schlittendecken, Pelztiefe, Fußsäde, Schlaf-
pelze, Übermägen, Pelzfutter u. verschiedene
Felle in Auswahl, vor seinem Double, Rat-
tine, Eskimo Röde, Ueberlebner u. Jaquets,
Beinkleider, Westen, Schafrocke und Kutscher-
Livorés. Bestellungen werden binnen kurzem
ausgeführt. (3603)

Velour von der Elle à 25 Sgr., 1½, 1¾ und 2 Thlr. Doubles von 25 Sgr. bis

3 Thlr. pro Elle.

v. Auerbach, Langgasse No. 26.

Feine Damentüche in den schönsten Farben u. in grösster Aus- wahl empfiehlt billig F. W. Puttkammer.

Ausverkauf.

Heiligegeistgasse No. 13.

Anhaltende Kränklichkeit bestimmen mich zur Lösung des bisher von mir geführten Tuchgeschäfts und da mir an der schnellen Räumung gelegen, so habe ich die Preise für die Bestände von Tuchen, Buckskins, Düssels, Ratinés außergewöhnlich billig gestellt.

Auch bin ich geneigt, in in Lager von kirchlichen Be-
dürfnissen, worunter Gold-, Silber-Brokat und Damast, einzelne Garnituren, zum Theil Kunstwerke, Gold-, Silber- und Seidenbesätze, fertige Paramente, als auch Altar-Leuchter und vergleichende Gegenstände, die in jeder katholischen Kirche Verwendung finden, im Ganzen zu verkaufen, nöthigenfalls auch die Lokalitäten vermieten. (3541)

J. Kowaleck.

Piqué- und Damast-Decken

in den geschmackvollsten Mustern empfohlen

A. Berghold's Söhne,

Langgasse 85,

am Langgasser Thor. (3582)

Bar Stikerei

empfiehle sämtliche Neuheiten in grösster Auswahl, als: Brief- und Journal-Mappen, Cigarren-, Dräb., Handschuh- und Karten-Kästen, Uhrhalter, Wachsstockbehälter, Asch- und Tidibusbecher, Lesepulte, Feuerzeuge, Karteupressen, Garderobe, Handtuch- und Schlüssel-
halter, sowie Marmor- und Alabaster-Gegenstände.

Louis Loewensohn,

aus Berlin,

1. Langgasse 1. (3414)

Stand der Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha

am 1. November 1868.

Besicherte : 32810 Personen.

Versicherungssumme : 59,832,100 Thlr.

Hier von neuem Zugang seit 1. Januar: 2570 Personen.

Besicherte : 4,867,900 Thlr.

Versicherungssumme : 2,180,000

Ginnahme an Prämien und Zinsen seit 1. Januar: 986,400

Ausgabe für 556 Sterbefälle: 15,260,000

Bankfonds : 36 Prozent.

Dividende der Versicherten im Jahre 1868: 39

Dividende der Versicherten im Jahre 1869: 39

Versicherungen werden vermittelt durch

Albert Fuhrmann in Danzig,